

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Belgien: Erholung im Sog der Europakonjunktur

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2002) : Belgien: Erholung im Sog der Europakonjunktur, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 03, pp. 32-38

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163743>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wachstumsschwäche 2001. Konjunkturelle Erholung im Sog der Auslandskonjunktur 2002. Festigung des Aufschwungs 2003. Stimulierende, aber weiter konsolidierungs- und stabilisierungsorientierte Wirtschaftspolitik. Annähernd ausgeglichener Staatshaushalt. Leistungsbilanz nach wie vor mit hohen Überschüssen. Nur noch moderater Preisanstieg. Nur vorübergehend verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Das politische und soziale Umfeld war 2001 geprägt von der Fortführung der Staatsreform, der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr, dem Konkurs der Fluglinie SABENA sowie anhaltender politischer Stabilität trotz zuletzt erhöhter Streiktätigkeit.

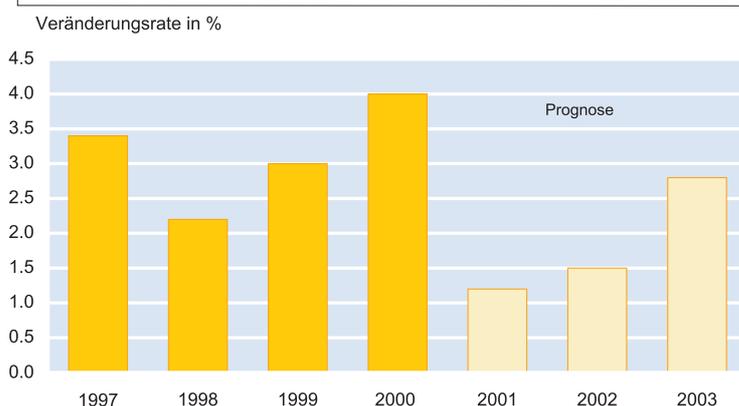
Nach einjährigen Verhandlungen kam die seit dreißig Jahren laufende **Staatsreform** wieder ein Stück voran: die Regionen Brüssel, Flandern und Wallonien erhielten erweiterte Zuständigkeiten in der Landwirtschafts-, Verkehrs- und Entwicklungspolitik. Zudem haben sie nun das Recht, eigenständig Auf- und Abschläge bei der Einkommensteuer zu beschließen. Die Zweidrittelmehrheit im Bundesparlament konnte nur durch die Einbeziehung der oppositionellen wallonischen Christdemokraten (PSC) gesichert werden, da die ursprünglich zur Unterstützung bereite, ebenfalls zur Opposition zählende flämische Volksunie in dieser Frage heillos zerstritten war. Die Vollendung der Staatsreform ist eine Voraussetzung für die nur schleppend vorankommende, aber überfällige Reformierung der öffentlichen Institutionen. Als belastend wirkt

weiterhin das ausgeprägte Gefälle zwischen dem ökonomisch prosperierenden Flandern und der mit den schwerindustriellen Altlasten kämpfenden Wallonie.

Belgien hatte im zweiten Halbjahr 2001 die **EU-Ratspräsidentschaft** inne. Premierminister Verhofstadt wurde der Aufgabe im Allgemeinen gut gerecht, wenn auch die von ihm geplanten Vorhaben längst nicht alle realisiert werden konnten. U.a. will die EU-Kommission zusätzliche Regeln für die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum aufstellen. Den Höhepunkt bildete jedoch die mit der »Déclaration de Laeken« erheblich in Fahrt gebrachte Reformdiskussion in der EU. Es gelang, die Staats- und Regierungschefs auf das Bekenntnis zu einem föderal verfassten Europa zu verpflichten und die Einberufung eines Konvents zu erreichen, der ohne Vorgaben irgendwelcher Art im März 2002 beginnen und innerhalb eines Jahres Vorschläge zu einer Generalüberholung des EU-Vertrages ausarbeiten soll; dies auch als Reaktion auf den verunglückten »Vertrag von Nizza« vom Dezember 2000. Präsident des Konvents wird der ehemalige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing. Als einer seiner Stellvertreter fungiert neben dem Italiener Amato der ehemalige belgische Ministerpräsident Dehaene – also drei ausgewiesene Europäer.

Im November 2001 ging die **SABENA in Konkurs**. Dies war mehr als die finanzielle Bruchlandung der bedeutendsten belgischen und zweitältesten Fluglinie Europas. Es war der Zusammenbruch eines nationalen Symbols – ähnlich dem fast gleichzeitigen Bankrott der SWISSAIR. Und schließlich wurde damit der in Belgien immer noch stark verbreitete Glaube an den Staat als stets in Krisenfällen erfolgreich intervenierende Kraft schwer erschüttert.

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Gleichzeitig ist jedoch nach dem jahrzehntelangen und immer noch nicht beendeten Sprachenstreit – es handelte sich in Wahrheit um einen erbitterten Kulturkampf zwischen den flämischen und wallonischen Landesteilen – der Beginn einer **belgischen Identität** zu beobachten. Da dies besonders für die Unternehmen gilt, bedeutet es eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Belgien.

Die **politische Stabilität** blieb 2001 trotz der noch nicht abgeschlossenen Staatsreform und der Belastungen durch die EU-Ratspräsidentschaft erhalten. Allen Unkenrufen zum Trotz hielt die aus den Parlamentswahlen von 1999 hervorgegangene »Regenbogenkoalition« Liberalen, Sozialisten und Grünen durch, wenngleich zuletzt Ermüdungserscheinungen unübersehbar waren. Die Mitte 2003 fälligen Neuwahlen dürften den weiteren Zusammenhalt gewährleisten, selbst wenn spektakuläre politische Schritte bis dahin wohl nicht mehr zu erwarten sind. Auch die im letzten Herbst zu beobachtende deutliche **Zunahme der Arbeitskämpfe** um den Erhalt der Arbeitsplätze konnte den Zusammenhalt der Regierung nicht gefährden. Diese betrafen nicht nur die SABENA, sondern auch die Staatsbahn (SNCB/NMBS).

Wirtschaftspolitisch bleibt die Entwicklung im laufenden Jahr und zumindest bis zu den Parlamentswahlen Mitte 2003 kalkulierbar. Der konsolidierungs- und stabilisierungsorientierte sowie auf die Stärkung des Wirtschaftsstandorts abzielende Kurs wird fortgeführt. Gleichzeitig nimmt die Regierung auf die Fundierung des Wohlfahrtsstaates und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Bedacht und federt im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten die von der Außenwirtschaft kommenden retardierenden Einflüsse ab. Dies ist sehr wichtig, um die Fortsetzung des für sozialen Frieden und Lohndisziplin bedeutenden, Ende 2002 auslaufenden Sozialpakts durch ein neues Abkommen zu sichern. Wegen des bei fast neun Zehnteln des Bruttoinlandsprodukts liegenden Exports und der bei über 100% des BIP liegenden Staatsverschuldung kann die Wirtschaftspolitik ohnehin nur sehr beschränkt Einfluss auf die Konjunktur nehmen – diese hängt vielmehr von der Welt-, besonders aber von der Europakonjunktur ab.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um etwa 1/2% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um knapp 2 1/2%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 1 3/4% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in annähernd gleichem Maße und in Deutschland um rund 1/2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt knapp 25 US-Dollar

pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr sind das 12% weniger. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahre 2000 auf Dollar-Basis um ungefähr 10%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar. 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 fast stagniert.

Auch in **Belgien** wurde die Entwicklung von Nachfrage und Produktion nicht nur von der konjunkturellen Stagnation (ab dem zweiten Quartal) im übrigen Westeuropa, sondern auch von dem damit verbundenen europaweiten Lagerabbau bestimmt; nach wie vor haben Vor- und Zwischenerzeugnisse einen im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil an Ausstoß und Export des industriellen Sektors. Da die wirtschaftliche Verflechtung mit den übrigen Weltregionen nur gering ist, waren etwa die Rezessionen in den USA und in Japan nicht sehr spürbar. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** ist, nach stark verlangsamter Zunahme im ersten Quartal, in eine leichte Rezession gerutscht, die erst gegen Jahresende ausgelaufen ist. Gegenüber 2000 hat es sich wahrscheinlich um knapp 1 1/4%, vielleicht sogar noch etwas schwächer erhöht. Entscheidend für die rezessive Entwicklung war der Einbruch beim Export, während sich die Inlandsnachfrage relativ gut hielt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich zuletzt verschlechtert. Der Preisauftrieb kam zur Jahresmitte zum Stillstand. Die öffentlichen Haushalte dürften erneut ausgeglichen, die Leistungsbilanz wieder mit einem hohen Überschuss abgeschlossen haben.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen hat etwa um 2% expandiert. Die Zuwachsrate resultiert aus dem zu Jahresbeginn bestehenden beträchtlichen positiven Überhang. Denn im Verlauf ist der Absatz im Ausland laufend und beträchtlich zurückgegangen, obwohl sich der US-Dollar gegenüber dem Euro im Jahresdurchschnitt nochmals leicht aufgewertet hat. Ursache waren ganz überwiegend die konjunkturelle Schwäche sowie der abwärts schwingende Lagerzyklus in Westeuropa; am Ausstoß des industriellen Sektors partizipieren Vor- und Zwischenprodukte immer noch in einem höheren Maße als dies im westeuropäischen Durchschnitt der Fall ist. Bei einem Anteil des Exports von etwa 87% am BIP, der wiederum zu rund 75% in die anderen EU-Länder geht, erstaunt die hohe Reagibilität auf die westeuropäische Konjunktur nicht. Dies umso mehr, als die belgische Industrie und auch viele Dienstleistungsunternehmen weitgehend im westeuropäischen Verbund von im Ausland ansässigen Großkonzernen arbeiten. Die Entwicklung des **Imports** entsprach etwa jener des Exports. Bei gegenüber 2000 nur noch wenig verschlechterten Terms of Trade resultierte ein Überschuss der **Leistungsbilanz** in der Größenordnung von wiederum 4 1/2% des BIP.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind im ersten Quartal sogar noch beschleunigt gestiegen, anschließend jedoch trotz

gesunkener Zinsen eingebrochen. Die Investitionsrezession betraf die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen. Der Rückgang der Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie um fast 5 Prozentpunkte zwischen erstem und vierstem Quartal, die deutlich gesunkenen Profite sowie erheblich verschlechterte Absatz- und Ertragsprognosen führten zu sinkenden Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. Auch die Bauproduktion sank auf breiter Front vom Wohnungsneubau über den sonstigen Hochbau bis zum staatlich dominierten Tiefbau, wobei sich die retardierenden Effekte zyklischer Faktoren und stark gesunkener Investitionen der öffentlichen Hand addierten. Insgesamt dürften die **Bruttoanlageinvestitionen** um ungefähr 1% zugenommen haben – ein Anstieg, der sich nur aus dem hohen positiven Überhang zu Jahresbeginn erklärt.

Der **private Konsum** verlor im Laufe des Jahres ebenfalls erheblich an Schwung und nahm mit knapp 1¼% schwächer zu als die realen verfügbaren Einkommen. Das im Verlauf des Jahres massiv verschlechterte, auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima reflektiert die Verunsicherung der Konsumenten infolge von ungünstigerer Konjunkturalentwicklung und langsamer zunehmender Beschäftigung – ab September aber auch den drastischen Stimmungseinbruch sowie die steigende Arbeitslosenquote. Der **Staatsverbrauch** wurde stetig und gegenüber 2001 um ebenfalls 1¼% ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage im ersten Halbjahr weiter verbessert, anschließend konjunkturell bedingt jedoch spürbar verschlechtert. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei knapp 7%.

Die **Konsumentenpreise** sind in der ersten Jahreshälfte deutlich gestiegen. Inflationär wirkten die BSE- und MKS-Krisen, ungünstige Witterung (Frischgemüse), die kräftige Verteuerung von Energie sowie die weitere Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro. Anschließend war die Preisentwicklung tendenziell stabil. Die Lebenshaltungskosten lagen um 2,4% über dem Niveau des Jahres 2000.

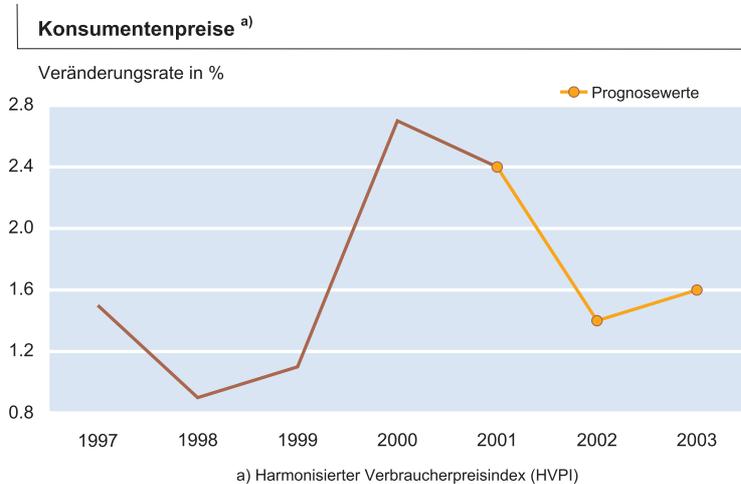
Wirtschaftspolitik

Der stabilitäts- und konsolidierungspolitische Kurs wird konsequent fortgesetzt, flankiert von der Einkommenspolitik, auch um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Belgien zu sichern. Gleichzeitig wird die Beschäftigung durch vielfältige Maßnahmen gefördert. Bis zu den Parlamenteswahlen Mitte 2003 wird diese Linie fortgesetzt. Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik heuer nur geringe Anstöße; 2003 dürfte sie etwa neutral sein.

Die **Finanzpolitik** setzt den erfolgreichen Konsolidierungskurs fort. Hierzu zwingt die noch immer über 100% des BIP

betragende Verschuldung der öffentlichen Hand, weswegen Belgien immer noch unter besonderer Beobachtung der EU-Kommission steht. Immerhin konnte im Jahre 2000 erstmals seit fünfzig Jahren ein gesamtstaatlicher Überschuss (0,1% des BIP) ausgewiesen werden. 2001 dürfte trotz des unvorhergesehenen markanten konjunkturellen Einbruchs ein ausgeglichener Abschluss erreicht worden. Allerdings hatte man bereits im Juli mit einem vorwiegend Einsparungen enthaltenden Nachtragshaushalt auf die beginnende Konjunkturlaute reagiert. Das im Stabilitätsprogramm für 2002 gesetzte Ziel – gesamtstaatlicher Haushaltsüberschuss von 0,2% des BIP – wurde nur knapp verfehlt, was unter den gegebenen Umständen als beachtliche finanzpolitische Leistung anzusehen ist. Die öffentliche Verschuldung ging auf etwa 107% des BIP zurück (nach 110,3% im Jahre 2000), so dass auch hier das Konsolidierungsziel nicht erreicht wurde. Gleichwohl sind die Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beträchtlich. 1992 hatten die Staatsschulden mit 135,2% des BIP ihren Höchststand erreicht. Somit sind die Konsolidierungserfolge während der letzten zehn Jahre beträchtlich größer gewesen als etwa in Deutschland oder in Frankreich. Sparsamkeit auf der Ausgabenseite, kräftig gesunkene Zinsen, konjunkturbedingt spürbar gestiegene Steuereinnahmen sowie Privatisierungserlöse waren in den letzten Jahren für den Erfolg ausschlaggebend. Dieser ist umso eindrucksvoller, als sich das finanzpolitische Muster seit 1998 umgekehrt hat. Bis dahin hatten nämlich Steuer- und Abgabenerhöhungen den Konsolidierungskurs – wie im Falle Österreichs 2001 – dominiert. 1999 vorsichtig beginnend, wurde die Steuer- und Abgabenlast seither reduziert – eine Linie, die mit der umfassenden Steuerreform 2002/2006 fortgesetzt wird. Zuletzt wurde Steuer- und Abgabenerlastung mit beschäftigungspolitischen Zielen kombiniert, etwa als im April 2000 die Lohnnebenkosten um durchschnittlich 793 € pro Arbeitskraft verringert, der Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Leistungen von 21 auf 6% gesenkt und die seit 1992 eingesetzte Indexierung der Einkommensteuer mit der Inflationsrate wieder eingeführt wurde.

Der **Staatshaushalt** 2002 basiert realistischerweise auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,3%. Bei geringem Ausgabenwachstum ist ein ausgeglichenes Budget vorgesehen (statt des im Stabilitätsprogramm festgeschriebenen Überschusses von 0,3% des BIP). Diese Maxime gilt auch für die öffentlichen Finanzen insgesamt. Die Staatsverschuldung soll auf 103,7% (101,4% müssten es gemäß Stabilitätsprogramm sein) und 2003 auch dank eines Haushaltsüberschusses von 0,3% des BIP auf unter 100% sinken. Die Körperschaftsteuer wurde Anfang dieses Jahres von 41,17 auf 33,99% herabgesetzt – mittelfristig soll sie auf 30% gebracht und die Krisensteuer abgeschafft werden. Für kleine und mittlere Unternehmen wurde der Satz um 3,86 Prozentpunkte auf 24,98% reduziert. Andererseits entfallen zahlreiche Abschreibungs- und Abzugsmöglichkeiten,



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

so z.B. für Regionalsteuern und Firmen-Pkw. Per Saldo wirken die Maßnahmen aufkommensneutral. Wohl aber sinken die Lohnnebenkosten um 250 Mill. €, und zwar überproportional für Arbeitskräfte über 58 Jahren, um deren Beschäftigungschancen zu verbessern. Belgien rangiert im Vergleich der westlichen Industrieländer bezüglich der Arbeitskosten nun am unteren Rand der Spitzengruppe.

Die **Geldpolitik** hatte bereits im Mai 2001 ihren Kurs geändert, obwohl der durch massive Ölvertuerung, Dollaraufwertung und die Tierseuchen BSE und MKS verursachte Preisschub noch nicht ausgelaufen war und die Ausweitung der Geldmenge M3 spürbar über der Zielgröße lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die monetäre Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken verstärkt fortgesetzt. Insgesamt hat die Europäischen Zentralbank (EZB) ihren Leitzins in vier Schritten um 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% herabgesetzt. Die Zinssenkungen werden ihre konjunkturstimulierende Wirkung erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden und wohl nicht weiter sinkenden US-Schlüsselzins wäre sogar noch Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gegeben. Dies umso mehr, als sich der Preisauftrieb im Euro-Raum weiter beruhigen und die Teuerungsrate 2002 im Jahresdurchschnitt unter 2% – dem mittelfristigen Inflationsziel der EZB – liegen dürfte. Allerdings liegt die Kerninflation im Euro-Raum nach wie vor spürbar über 2%. Auch ist die Geldmenge M3 bis Ende 2001 weiter aus dem Ruder gelaufen. Mit 8% lag die Zuwachsrate (Vorjahresvergleich) im Dezember erheblich über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Referenzwert von 4,5%. Liquidität ist also reichlich vorhanden, selbst wenn die EZB ihren Leitzins nicht weiter zurücknimmt. Um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur die beginnende Straffung der monetären Zügel zu erwarten. Diese dürfte jedoch im Hinblick auf die Festigung des Euro-

ro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar vorsichtig erfolgen. Die hieraus resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur sind nicht vor dem Herbst 2003 zu erwarten. Die EZB führt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die laufenden Abweichungen stets Sonderfaktoren an und reagiert häufig mit leichten Neudefinitionen von M3. Um die Jahreswende 2001/2002 lieferte die Euro-Bargeldeinführung (sie ging in nur drei Wochen und damit wesentlich schneller vonstatten als angenommen) neuerlich eine solche Erklärung. Auf diese Weise ist jedoch das Vertrauen in den Euro nicht zu festigen, und es drängt sich je länger je mehr die Änderung des monetären Referenzwerts, so man denn an einem solchen festhalten will, auf.

Die **Einkommenspolitik** orientiert sich weiter an der Lohnentwicklung in den großen angrenzenden kontinentalen Volkswirtschaften. Die seit 1994 äußerst restriktive einkommenspolitische Linie ist ab 1997 langsam gelockert worden. Ende 2000 haben Sozialpartner und Regierung wieder einen zweijährigen, bis Ende 2002 terminierten **Sozialpakt (Accord Interprofessionnel 2001 – 2002)** vereinbart. Die Arbeitskostensteigerung um 6,4% pro Stunde während beider Jahre, der Kernpunkt des Abkommens, dürfte de facto etwas höher ausfallen; für 1999/2000 waren 5,9% vereinbart worden. In Sektoren mit besonders großen Produktivitätsfortschritten dürfen sie um bis zu 7% steigen. Die Regierung wird bestrebt sein, im Anschluss an die laufende Vereinbarung einen neuen zweijährigen Sozialpakt zu vereinbaren. Die bisherigen Pakte haben sich bewährt. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass es sich bei den während der letzten Monate verstärkt zu verzeichnenden Arbeitskonflikten nicht um Lohnstreiks, sondern um Ausstände handelt, mit denen für den Erhalt von Arbeitsplätzen gekämpft wird. Hier ist unterstellt, dass es zu einem Sozialpakt 2003/2004 kommt, der hinsichtlich der Arbeitskosten die belgische Wettbewerbsfähigkeit zumindest nicht verschlechtert.

Ordnungspolitisch bewegt sich auf absehbare Zeit nicht viel. Einerseits rücken die Parlamentswahlen 2003 näher, und andererseits ist das Privatisierungspotential nach dem Konkurs der SABENA und den erheblichen Widerständen gegen eine auch nur partielle Privatisierung der Post (»La Poste«) zunächst weitgehend ausgeschöpft. Und schließlich droht den über 300 sog. Koordinierungszentren Ungemach seitens der EU-Kommission, die den seit 1982 gewährten substanziellen Steuervorteilen bei der Finanzierung grenzüberschreitender Unternehmen (mit Konzernzentralen im Ausland) unter dem Rubrum »schädlicher Steuerwettbewerb« u.a. auf deutsches Betreiben hin einen Riegel vorzuschieben gedenkt.

Derartige Praktiken sind auch in Dänemark, Irland sowie in den Niederlanden im Schwange.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um $1\frac{1}{4}\%$. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geht in **Japan** um reichlich 1% zurück. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa $2\frac{1}{4}\%$ zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp $1\frac{1}{2}\%$ ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland gut $\frac{1}{2}\%$ beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 20 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr $6\frac{1}{2}\%$. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von $2\frac{1}{2}\%$.

Die **belgische Wirtschaft** erholt sich ab diesem Frühjahr im Schlepptau der weltweiten, vor allem aber der europäischen Konjunkturerholung von der konjunkturellen Flaute. Klimaindikatoren und andere Indizien lassen erwarten, dass der Tiefpunkt des Abschwungs zur Jahreswende 2001/2002 erreicht worden ist. Der Index für das belgische Wirtschaftsklima ist im Dezember 2001 weiter gestiegen. Diesem Indikator kommt besondere Bedeutung zu, da fast alle europäischen Großunternehmen sowie viele außereuropäische Konzerne dort überwiegend für den europäischen Markt produzieren. Er ist also ein praktikabler Gradmesser nicht nur für die belgische, sondern auch für die westeuropäische Konjunktur. Leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik, aber deutlich gestützt vom internationalen Lageraufbau, welcher der überdurchschnittlich vor- und zwischenproduktlastigen Industrieproduktion kräftige Anstöße gibt, gewinnt die Erholung allmählich an Schwung. Die inländischen Nachfragekomponenten expandieren schneller als bisher. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um etwa $1\frac{1}{2}\%$, also ungefähr dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend zunehmen. Der Arbeitsmarkt – Nachläufer der Konjunktur – reagiert erst im späteren Verlauf des Jahres auf die konjunkturelle Besserung. Der Preisauftrieb bleibt moderat. Das Aktivum der Leistungsbilanz nimmt bei etwas günstigeren Terms of Trade leicht zu.

Erfahrungsgemäß findet die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen am schnellsten aus konjunkturellen Tiefs heraus, da sie zeitgleich vom Wiederaufbau der nach dem konjunkturellen Abschwung wieder aufgestockten Lagerbestände in Westeuropa stimuliert wird. Ursache ist einmal der im westeuropäischen Durchschnitt nach wie vor über-

durchschnittlich hohe Anteil von Vor- und Zwischenprodukten am industriellen Ausstoß und zum anderen der zu drei Viertel in die anderen westeuropäischen Länder gehende Export, der wiederum mit 87% am BIP partizipiert. Aber auch die zunehmende Nachfrage aus den USA wirkt anregend. Und schließlich beginnt auch der Absatz im ehemaligen Belgisch Kongo wieder zu florieren, nachdem die seit 1990 eingefrorenen gegenseitigen Beziehungen seit Mitte 2001 intensiviert und die Entwicklungshilfe für den Kongo sowie das Engagement belgischer Unternehmer wieder in Schwung gekommen sind. Die Erhöhung der Arbeitskosten pro Stunde entspricht etwa dem westeuropäischen Durchschnitt. Und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar verläuft so verhalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern im Allgemeinen immer noch günstig ist. Da der Export bei beträchtlichem Unterhang zu Jahresbeginn mit ca. $2\frac{1}{2}\%$ etwa gleich zunimmt wie der **Import**, dürfte das Aktivum der **Leistungsbilanz** bei etwas verbesserten Terms of Trade auf gut $4\frac{1}{2}\%$ des BIP steigen.

Der **private Konsum** expandiert um ungefähr $1\frac{1}{2}\%$, wobei ein nur leichter Anstieg der Sparquote unterstellt wird, als verzögerte Reaktion auf das konjunkturelle Tief und die sich zunächst noch etwas verschlechternde Lage auf dem Arbeitsmarkt. Stützend wirken jedoch die stärker als im Vorjahr steigenden Reallöhne. Zudem wird die Einkommensteuer nochmals etwas gesenkt, und zwar schwerpunktmäßig bei den unteren Einkommenskategorien mit ihrer hohen Konsumquote. Das auf der Grundlage von Verbraucherumfragen erhobene Konsumklima hat sich Ende 2001 bereits wieder deutlich verbessert, nachdem es voriges Jahr laufend und erheblich schlechter geworden war. Hiervon wird auch der 2001 spürbar gesunkene Absatz von Pkw profitieren, da heuer, wie in geraden Jahren üblich, der Brüsseler Automobilsalon stattfindet. Der **Staatsverbrauch** nimmt um rund $1\frac{1}{2}\%$ zu.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** finden zunächst nur langsam, im späteren Verlauf des Jahres jedoch beschleunigt aus dem konjunkturellen Tief heraus. Das gilt nach der ausgeprägten Rezession auch für die Bauinvestitionen. Während der Wohnungsneubau (Renovierung, Um- und Ausbau, auf die ca. 40% des Wohnbauvolumens entfallen, expandieren weiter stetig um rund $2\frac{1}{4}\%$) durch die sich bessernde Einkommenslage der Verbraucher und die immer noch niedrigen Zinsen im späteren Verlauf des Jahres aus der rezessiven Phase herausfindet, verläuft die Entwicklung im gewerblichen Bau etwas günstiger, und im öffentlichen Bau – hier figuriert die Staatsbahn als weitaus bedeutendster Investor mit dem Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken und dem aufwändigen Umbau des Bahnhofs Antwerpen) – ist eine deutliche Erholung abzusehen. Die Ausrüstungsinvestitionen gewinnen mit steigender Kapazitätsauslastung wieder an Dynamik, zumal die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie bis Ende 2001 zwar zurückgegangen, aber

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2000	2001 ^{a)} EU ^{d)}	2002 ^{a)}				2003 ^{a)}	
			IRES ^{b)}	BFP ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	4,0	1,3	0,6	1,3	1,3	1,4	2,8	2,6
Inlandsnachfrage	3,8	1,6	0,5	1,1	1,3	1,5	2,6	2,5
Privater Verbrauch	3,8	2,0	1,1	1,3	1,6	1,5	2,6	2,6
Staatsverbrauch	2,5	2,4	1,3	1,3	1,1	1,3	1,6	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	- 0,6	0,2	0,3	1,6	1,7	3,8	3,3
Exporte ^{f)}	9,7	0,7	1,5	2,8	1,9	3,0	5,6	7,0
Importe ^{f)}	9,7	1,0	1,5	2,5	2,0	3,2	5,6	7,2
Industrieproduktion (ohne Bau)	5,4	- 0,7	2,0	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	2,7	2,4	1,2	1,3	1,4	1,2	1,4	1,5
Arbeitslosenquote	7,0	6,9	9,9	7,1	7,0	7,2	6,9	7,3
Leistungsbilanz (Saldo) ^{g)}	4,7	4,4	2,4	4,7	4,6	4,1	4,5	4,1
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	0,1	0,0	- 0,2	n.a.	- 0,2	0,0	0,1	0,2

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Institut de Recherches Economiques et Sociales, Louvain-la-Neuve, vom Januar 2002. – ^{c)} Bureau Federal du Plan, Brüssel, vom November 2001. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2001. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2001. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

immer noch dem Schnitt der neunziger Jahre, also einem ziemlich hohen Niveau entsprochen haben. Zunächst dominieren die zur Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nötigen Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen. Gegen Jahresende kommt es dann auch vermehrt zur Erweiterung der Anlagen, angeregt durch optimistischere Absatz- und Ertragserwartungen sowie – trotz langsam steigender langfristiger Zinsen – immer noch günstige Finanzierungsbedingungen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** – Nachläufer der Konjunktur – verschlechtert sich die Situation zunächst noch, wenn auch nicht wesentlich. Zwar entlassen die Konzerne wie überall Personal – u.a. in der Automobilproduktion und in der Telekommunikation. Aber die kleinen und mittleren Unternehmen sowie der öffentliche Sektor halten ihre Kräfte. Die Beschäftigung dürfte bis in das Sommerhalbjahr hinein leicht sinken und ab Herbst wieder zunehmen. Hiervon werden dann die Teilzeitarbeitskräfte besonders profitieren; in Belgien ist Teilzeitarbeit mit fast einem Fünftel der Beschäftigten im westeuropäischen Vergleich stark verbreitet. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres leicht auf knapp 7 1/4% steigen.

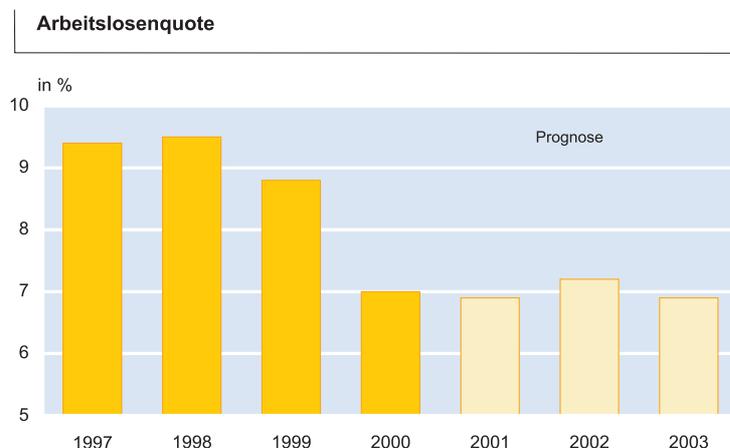
Der Preisauftrieb dürfte recht moderat sein. Denn die Wirtschaft erholt sich erst allmählich, so dass der Wettbewerb lebhaft bleibt. Die Einfuhrpreise wirken stabilisierend, und alle administrativen Preise sind bei der Euro-Bargeldeinführung abgerundet worden. Die mit letzterer zunächst verbundene kurze Phase der Intransparenz und Irritation bei den Verbrauchern wurde auch hier besonders von Kleinproduzenten und kleineren Dienstleistungsunternehmen zu stärkeren Preiserhöhungen genutzt; dieser Preisschub hätte sich durch den Rückgriff auf Preiskontrollen verhindern lassen, wie sie im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer

zum 1. Januar 1971 sehr erfolgreich angewandt worden waren. Anschließend dürfte der Preisauftrieb nur gering sein. Die **Konsumentenpreise** dürften um knapp 1 1/2% über dem Niveau des Jahres 2002 liegen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 3 1/2%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1/2% zu. In **Mitteuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2 3/4%; in Deutschland beträgt die Zunahme annähernd 2 1/4%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresmittel bei 22 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Durchschnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welt-handels** dürfte in einer Größenordnung von 7 1/2% ausgeweitet werden.

In **Belgien** setzt sich der Aufschwung, von dem nun auch die Inlandsnachfrage zunehmend erfasst wird, zunächst noch beschleunigt fort, anfangs weiter stimuliert von der Geldpolitik. Im Verlauf des Jahres dürften indes auch die kurzfristigen Zinsen langsam aufwärts tendieren. Die wichtigsten Impulse kommen jedoch von der stark expandierenden Auslandsnachfrage. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um reichlich 2 3/4% zunehmen, wobei es trotz wachsender Auslastung der Kapazitäten nicht zu Produktionsengpässen kommt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich. Die Preise steigen etwas rascher, aber immer noch mode-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

rat. Die Leistungsbilanz dürfte mit einem gegenüber 2002 zumindest unverändert hohen Überschuss abschließen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen wird ganz überwiegend von der lebhaft zunehmenden westeuropäischen Nachfrage, wohin knapp neun Zehntel der Ausfuhren gehen, angeregt. Überdurchschnittlich dürften die, anteilmäßig allerdings geringen, Lieferungen nach den USA sowie Südostasien ausgeweitet werden. Mit dem weltweiten Investitionsaufschwung kommt auch der Export von Maschinen und Anlagen wieder in Schwung; Belgien hält in diesem Bereich mit rund 3% der Weltausfuhr einen gemessen am BIP weit überdurchschnittlich hohen Anteil. Andererseits läuft der 2002 einsetzende, vom kräftigen internationalen Lageraufbau herrührende Nachfrageschub allmählich aus. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird durch die Lohnkostenentwicklung nicht gefährdet. Einem Exportanstieg um rund 6 1/2% steht eine ähnlich hohe Ausweitung der **Einfuhr** gegenüber. Bei wenig veränderten Terms of Trade dürfte der Überschuss der **Leistungsbilanz** auf 4 3/4% des BIP steigen.

Von den großen Komponenten der Inlandsnachfrage werden die **Bruttoanlageinvestitionen** am stärksten vom Aufschwung erfasst. Das gilt in erster Linie für die Ausrüstungsinvestitionen. Anregend wirken die zunehmende Auslastung der Kapazitäten, die verbesserten Absatz- und Ertragerwartungen, die immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen sowie der mit fortgesetzter Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar eher stärker werdende Druck zur Rationalisierung der Produktion und zum Ersatz veralteter Anlagen. Es kommt häufiger zu Erweiterungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen nehmen wieder zu. Das gilt auch für den Wohnungsneubau (die Renovierungen sowie Um- und Ausbau expandieren etwa im Rhythmus der Vorjahre), der von der verbesserten Einkommenssituation der privaten Haushalte sowie den noch relativ niedrigen Zinsen profitiert. Der gewerbliche Bau nimmt im Zuge des Investi-

tionsaufschwungs zu, während der öffentliche Bau kräftige Impulse von den zur Jahresmitte anstehenden Parlamentswahlen bekommt.

Der **private Konsum** wird um ca. 2 1/2% ausgeweitet, bei nicht weiter steigender Sparquote. Die Reallöhne dürften sich zwar in wenig verändertem Tempo erhöhen, aber die übrigen Primäreinkommen steigen schneller, die Beschäftigung nimmt spürbar zu, und die Einkommensteuer wird erneut (und mit Blick auf die Parlamentswahlen vermutlich etwas deutlicher als 2002) gesenkt. Langlebige Güter werden verstärkt nachgefragt. Mit der langsamen Erholung im Wohnungsbau bessern sich auch die Absatzmöglichkeiten für Einrichtungsgegenstände. Der **Staatsverbrauch** nimmt um reichlich 1 1/4% zu.

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich. Die Beschäftigung, vor allem die im westeuropäischen Vergleich gut entwickelte Teilzeitarbeit, wird spürbar ausgeweitet, und die Arbeitslosigkeit geht sukzessive zurück. Die staatlichen beschäftigungsfördernden Maßnahmen werden eher noch akzentuiert fortgesetzt. Die Arbeitslosenquote geht im Jahresdurchschnitt auf knapp 7% zurück.

Die **Konsumentenpreise** dürften gegenüber 2002 um reichlich 1 1/2%, also im Verlauf nur wenig beschleunigt steigen. Der interne Kostenauftrieb (gemessen an den Lohnstückkosten) bleibt schwach, von der Außenwirtschaft kommen kaum inflationäre Impulse, und der Wettbewerb bleibt lebhaft. Mit Anhebungen indirekter Steuern und Gebühren ist mit Blick auf die Parlamentswahlen nicht zu rechnen.

Abgeschlossen am 25. Januar 2002